

Protokoll vom Landesgründungsparteitag der Alternative für Deutschland Baden Württemberg am 22.4.2013

Ort: KSC-Clubhaus, Adenauerring 17, 76131 Karlsruhe

Protokollführer: Damian Stibal, Rosenweg 1, 79254 Oberried

Julia Kuhs, Vogesenstr. 50, 76532 Baden-Baden

Lukas Kuhs, Mönchstr. 10, 70191 Stuttgart

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung des Parteitags

Um 16:18 Uhr eröffnet Bernd Kölmel den Parteitag. Es sind 149 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Per Einlasskontrolle wurden alle Teilnehmer des Parteitages erfasst. Nur den Mitgliedern, die auf der aktuellen Mitgliederliste waren oder die durch Emails ihren Mitgliedschaftsantrag vor dem 20. April 2013 belegen konnten, wurden Stimmkarten und Stimmzettel ausgehändigt. Nichtmitglieder durften als Gäste teilnehmen, bekamen aber keine Wahlunterlagen. Jeder Besucher hat sich mit amtlichen Dokumenten (z.B. Personalausweis) ausgewiesen. Bernd Kölmel begrüßt die Anwesenden, auch im Namen des Bundesvorstands (BV). Er erläutert, dass die Einladung satzungsgemäß auf Basis von E-Mails vom 10.4. erfolge. Seitens der Versammlung gibt es bezüglich der Form und Frist auch auf Nachfrage keinen Widerspruch.

Bernd Kölmel merkt an, dass die Arbeit der Landesbeauftragten (LB) immer im Auftrag des BV erfolgt sei. Es sei eine bewegende Zeit gewesen, in der Vieles erreicht worden sei. Für alles, was nicht optimal verlaufen sei, bittet er im Namen der LB um Entschuldigung. Nach seiner Rede, die mit lautem Applaus endet, gibt er das Wort an Dr. Elke Fein ab.

Dr. Elke Fein begrüßt die Anwesenden im Namen der LB und stellt die anderen LB namentlich vor: Thomas Roller, Dr. Hansjörg Scheel, Jan Czada, Bernd Kölmel. Rudy Mietzner lässt sich entschuldigen.

Frau Dr. Fein liest ein Grußwort des BV vor. Dieses Grußwort wurde im Namen des BV von Konrad Adam verfasst. In dem Grußwort, das mehrmals von starkem Applaus unterbrochen wird, weist Konrad Adam daraufhin, dass die AfD eine Alternative gegen den Rechtsbruch im Zusammenhang mit der sog. Eurorettung ist. Das Grußwort Adams geht auf Vorwürfe und Plattitüden seitens Medien und Parteien ein, insbesondere auf den Vorwurf des Rechtspopulismus und Begriffe wie „Altherrenpartei“ und „Professorenpartei“ und führt diese ad absurdum.

Frau Dr. Fein zeigt im Weiteren die rasante Mitgliederentwicklung der Partei auf. So waren es Mitte März z.B. 620 Mitglieder, Anfang April 861 und am Tag der Veranstaltung bereits ca. 1400 Mitglieder.

Nach Abschluss der Rede ertönt lauter Applaus.

Unmittelbar danach gibt es eine Wortmeldung durch Elias Mößner, der Frau Dr. Fein eine Frage stellen möchte. Bernd Kölmel bittet die Frage bis mindestens nach der Wahl des Tagungspräsidiums zurückzustellen.

TOP 2: Wahl eines Tagungspräsidiums

Für das Tagungspräsidium (VL) werden durch Bernd Kölmel folgende Personen vorgeschlagen:

- Joachim Kuhs, Vogesenstr. 50, 76532 Baden-Baden
- Dr. Hans-Georg Riegger, Glottertal
- Michael Strauß, Klarastr. 4, 79106 Freiburg

Nachdem es keine weiteren Vorschläge gibt, erfolgt die Zustimmung hierzu durch die Mitglieder per Akklamation bei Enthaltungen der drei Betroffenen und keiner Gegenstimme. Es befinden sich 164 stimmberechtigte Mitglieder im Saal.

Joachim Kuhs begrüßt die Anwesenden und weist daraufhin, dass Abstimmungen grundsätzlich per Handzeichen durchgeführt werden. Wahlen erfolgten geheim und nach dem in der Einladung genannten Verfahren. Für die Wahlen würde eine Wahlkommission benötigt.

Joachim Kuhs macht darauf aufmerksam, dass Anträge begründet werden müssten und es die Möglichkeit zur Gegenrede gebe. Anträge müssten bei den Protokollführern angemeldet werden.

Herr Pühringer stellt den Antrag, die Redezeit auf zwei Minuten zu begrenzen. Gero Greb stellt den Antrag, die Redezeit auf drei Minuten zu begrenzen. Dirk Schmidt stellt den Antrag, die Redezeit auf vier Minuten zu begrenzen. Helmut Schneider stellt den Antrag, die Redezeit auf zweieinhalb Minuten zu begrenzen. Elias Mößner stellt ebenfalls den Antrag für eine vierminütige Redezeit. Dieser Antrag wird von Joachim Kuhs mit dem Hinweis abgelehnt, dass laut einer der VL vorliegenden Email des Bundesvorstands Herr Mößner nicht stimmberechtigt sei, da seine Mitgliedschaft abgelehnt worden sei. Herr Kuhs bittet Herrn Mößner still zu bleiben – als Nichtmitglied habe er kein Rederecht – oder den Saal zu verlassen. Die Stimmkarten werden ihm abgenommen. (Später am Abend – der genaue Zeitpunkt ist uns nicht mehr bekannt - versucht Herr Mößner abzustimmen, was bemerkt wird. Die Stimmkarten werden ihm erneut abgenommen.) Herr Dachmann stellt den Antrag, über die Redezeit ohne weitere Anträge sofort abzustimmen. Dieser Antrag wird ohne Gegenstimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Es befinden sich jetzt 171 stimmberechtigte Mitglieder im Saal.

Der Antrag für die vierminütige Redezeit wird bei zwei Ja-Stimmen und drei Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag für die dreiminütige Redezeit wird bei 32 Ja-Stimmen und sechs Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag für die zweieinhalbminütige Redezeit wird bei 63 Ja-Stimmen und drei

Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag für die zweiminütige Redezeit wird durch die Versammlung bei 13 Gegenstimmen und sieben Enthaltungen angenommen.

TOP 3: Feststellung der Tagesordnung

Herr Kuhs stellt die in der Email verteilte Tagesordnung zur Diskussion. Herr Kuhs erläutert, dass Änderungen der Tagesordnung einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen bedürfen. Die Aufnahme neuer Punkte bedarf der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Tagesordnung wird ohne Einwände oder Wortmeldungen einstimmig angenommen.

TOP 4: Beschluss der Geschäftsordnung

Herr Kuhs leitet die Diskussion mit einem Redebeitrag ein. Herr Dr. Rittaler beantragt, der Geschäftsordnung eine „Salvatorische Klausel“ hinzuzufügen: im Zweifel gilt die Geschäftsordnung des deutschen Bundestages.

Nach Redebeiträgen von Herrn Scheel und Herrn Pühringer beantragen Herr Kauer und Herr Greb auf die Satzung der Bundespartei zu verweisen. Herr Dr. Rittaler schließt sich diesem Antrag an. Die Versammlung nimmt den Antrag ohne Gegenstimmen bei sieben Enthaltungen an.

In einer abschließenden Abstimmung wird die Geschäftsordnung mit dem Zusatz einer „Salvatorischen Klausel“, „im Zweifel gilt die Geschäftsordnung der Bundespartei“, ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung angenommen.

TOP 5: Wahl einer Wahlkommission

Die VL schlägt Gerhard Simon, Tim Schröder, Winfried Metzgers, Heinrich Fichtner, Beate Müller, Volker Reinecke und Robert Gruel als Wahlkommission vor. Diese werden einstimmig in die Wahlkommission gewählt.

TOP 6: Vorwahlen / Festlegung der Anzahl der persönlichen Vorstellungen

Es erfolgt ein Antrag von Herrn Pühringer auf eine Vorwahl wie beim Gründungsparteitag der AfD in Berlin. Nach Abschluss der Vorwahl sollen sich die 21 bestplatzierten Kandidaten persönlich vorstellen. Hierauf halten Herr Zeller, Herr Schneider und Herr Balzer eine Gegenrede, in der sie fordern, dass sich alle Kandidaten persönlich vorstellen können. Herr Pühringer zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Herr Balzer beantragt, dass sich alle Kandidaten persönlich vorstellen dürfen. Der Antrag von Herrn Balzer wird mit drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen angenommen.

Anschließend beantragt Urs Straube Kandidaten zu befragen. Herr Pühringer beantragt dies auf drei Fragen zu beschränken. Herr Greb beantragt die Fragen erst nach dem Ersten Wahlgang zu stellen, was abgewiesen wird, da es nicht mehrere Wahlgänge gibt. Herr Schmitz und Herr Roller beantragen keine Beschränkung. Dieser Antrag wird bei 18 Ja-Stimmen und sechs Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag von Herrn Pühringer wird bei 31 Gegenstimmen und sechs Enthaltungen angenommen. Somit werden pro Kandidat maximal drei Fragen gestellt (Rednerliste).

Herr Dr. Jongen beantragt, die Rededauer bei Fragen auf eine Minute zu begrenzen. Herr Dr. Scheel bittet, nicht so viele Geschäftsordnungsanträge zu stellen und erst bei konkretem Bedarf Geschäftsordnungsanträge einzubringen, worauf Herr Dr. Jongen seinen Antrag zurückzieht.

TOP 7: Beschluss der Parteisatzung – Landesverband Baden-Württemberg

Herr Schmitz stellt Änderungsbeiträge zur Parteisatzung vor. Der genaue Wortlaut der Satzungsänderungen ist in Anlage 1 aufgeführt.

Nach Überschreiten seiner Redezeit beantragt er über die Änderungsbeiträge einzeln abzustimmen. Hierauf beantragt Herr Winkler über die Satzungsänderungen als Ganzes abzustimmen.

Wegen aufkommender Diskussionen stellt Herr Balzer einen Antrag zur Geschäftsordnung: Es soll ohne weitere Redebeiträge über den Antrag von Herrn Schmitz abgestimmt werden. Dieser Antrag wird bei 16 Gegenstimmen und sieben Enthaltungen angenommen.

Nach einem Redebeitrag von Herrn Lauber wird der Antrag von Herrn Winkler bei 21 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen angenommen. Demzufolge wird über den Antrag von Herrn Schmitz „en bloc“ abgestimmt; die beantragten Satzungsänderungen werden von der Versammlung bei acht Ja-Stimmen und 26 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Pühringer beantragt, über alle Satzungsänderungen gleichzeitig abzustimmen. Herr Dr. Scheel wendet daraufhin ein, dass man zuvor noch eine Satzungsänderung durchführen müsse, da die Satzung momentan vorsehe, ab 500 Mitgliedern eine Delegiertenversammlung durchzuführen. Da dies zu Problemen bei der (anstehenden) Aufstellung der Landesliste führen würde, sei die Anzahl der Mitglieder zu korrigieren. Nach den Ausführungen von Herrn Dr. Scheel beantragt Herr Brett die Mitgliederanzahl auf 2500 zu erhöhen und dies als einzige Satzungsänderung zuzulassen. Nach einer erneuerten Gegenrede von Herrn Dr. Scheel beantragt Herr Brett, die Mitgliederanzahl, bei der eine Delegiertenversammlung einberufen werden kann, von 500 Mitgliedern auf 5000 Mitglieder zu erhöhen und dies als einzige Satzungsänderung zuzulassen. Der Antrag wird bei 2 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen angenommen. Da der Antrag aber von der Versammlung unterschiedlich verstanden wird, erläutert die VL noch einmal den Antrag und die Abstimmung wird wiederholt. Der Antrag wird schließlich bei 21 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

Nach diesem Beschluss möchte Herr Räßle einen weiteren Satzungsänderungsantrag einbringen. Das VL lehnt dies unter Hinweis auf den vorherigen Beschluss ab und Herr Räßle zieht seinen Antrag zurück.

TOP 8: Festlegung der Anzahl der Sprecher

Herr Kölmel beantragt, die Anzahl der Sprecher auf drei zu begrenzen. Herr Hofmann stellt den Antrag, drei Sprecher sowie drei stellvertretende Sprecher zu wählen. Herr Räpple beantragt, einen Sprecher sowie einen oder mehrere Stellvertreter zu wählen.

Nach Redebeiträgen von Herrn Lauber (auch drei Sprecher und drei stellv. Sprecher), Herrn Pühringer (auch drei Sprecher), Herrn Greb, Herrn Kuhs, Herrn Dr. Scheel sowie Herrn Karoli stellt Herr Balzer einen Antrag zur Geschäftsordnung nach sofortiger Abstimmung über die Zahl der Sprecher ohne weitere Redebeiträge. Dieser Antrag wird bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen. Mittlerweile sind 172 stimmberechtigte Mitglieder im Saal. Der Antrag von Herrn Hofmann und Herrn Lauber (drei Sprecher und drei stellv. Sprecher) wird bei 38 Gegenstimmen und neun Enthaltungen angenommen.

Herr Winkler beantragt die Sprecher und deren Stellvertreter in separaten Wahlgängen zu wählen. Herr Pühringer beantragt daraufhin eine Änderung der Tagesordnung: TOP 8A sei hinzufügen, die Wahl der stellv. Sprecher. Nach Redebeiträgen von Herrn Klos und Herrn Kölmel wird der Antrag von Herrn Pühringer bei zwei Enthaltungen ohne Gegenstimmen angenommen.

Herr Simon und Herr Dr. Rittaler beantragen, den TOP 12 vorzuziehen und im Anschluss als TOP 8B zu behandeln. Dieser Antrag wird mit bei Gegenstimmen und sechs Enthaltungen angenommen.

Anschließend herrscht Unklarheit über den neuen Tagesordnungspunkt TOP 8A. Er war zunächst von manchen als „Festlegung der Anzahl der stellvertretenden Sprecher“ verstanden worden; es war eigentlich als „Wahl der stellvertretenden Sprecher“ geplant worden. Der Tagesordnungspunkt wird daraufhin von Herrn Kuhs als TOP 10A bezeichnet, was per Akklamation bestätigt wird.

TOP 8B: Festlegung der Anzahl der Beisitzer

Herr Räpple stellt den Antrag, den Vorstand mit zusätzlichen acht Beisitzern zu ergänzen. Herr Simon beantragt zwei Beisitzer, Herr Schneider beantragt drei Beisitzer, Herr Kraft beantragt fünf Beisitzer, Herr Dr. Hofmann schließt sich Herrn Schneider an, Herr Pühringer beantragt drei Beisitzer, Herr Dr. Etzroth beantragt fünf Beisitzer. Herr Geiger beantragt, die Debatte ohne weitere Anträge zu beenden. Diesem Geschäftsordnungs-Antrag wird bei vier Gegenstimmen und keiner Enthaltung stattgegeben.

Aus diesem Grund wird nun über die Anzahl der Beisitzer abgestimmt. Der Antrag für zwei Beisitzer wird bei sieben Ja-Stimmen und drei Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag für drei Beisitzer wird mit 91 Ja-Stimmen bei 50 Gegenstimmen und einer Enthaltung von der Versammlung angenommen.

TOP 9: Wahlprogramm der Partei – Landesverband Baden-Württemberg

Herr Winkler stellt den Antrag, das Parteiprogramm ohne weitere Änderungen zu verabschieden. Herr Geiger stellt den Antrag, ohne weitere Aussprache sofort über das Parteiprogramm abzustimmen. Dem Antrag von Herrn Geiger wird bei sieben Gegenstimmen und fünf Enthaltungen

zugestimmt, woraufhin das Wahlprogramm gemäß dem Antrag von Herrn Winkler ohne Gegenstimmen bei vier Enthaltungen verabschiedet wird.

TOP 10: Wahl der Sprecher

Die VL stellt die Kandidatenliste vor, weist aber darauf hin, dass sich noch andere Kandidaten aufstellen lassen können. Thomas Kauer zieht seine Kandidatur zurück. Stefan Räßle schlägt Helmut Schneider vor, ebenfalls als Sprecher zu kandidieren, was dieser akzeptiert.

Somit kandidieren als Sprecher:

- Dr. Elke Fein
- Wolfgang Grimm
- Dr. Jürgen Hofmann
- Bernd Kölmel
- Ronald Rabe
- Thomas Roller
- Dr. Hansjörg Scheel
- Helmut Schneider
- Dr. Bernhard Seitz
- Heinz Sterz

Die Bewerber stellen sich in alphabetischer Reihenfolge vor. Die Redezeit beträgt, wie in TOP 2 beschlossen, zwei Minuten. Da es bei den Reden von Frau Dr. Fein und Herrn Grimm aber zu Fehlern bei der Zeitmessung kommt (die Redezeit ist zu kurz), dürfen sie sich ein zweites Mal vorstellen.

Der persönlich nicht anwesende Dr. Bernhard Seitz wird durch Bernd Krümmer vorgestellt.

Die VL schließt die Kandidatenliste und eröffnet die Fragerunde.

Urs Straube fragt Wolfgang Grimm, inwieweit er seinen Ehrendokortitel zu Recht trage. Wolfgang Grimm antwortet, dass er den Ehrendokortitel rechtmäßig führe. Auf eine Nachfrage aus der Versammlung (der Fragesteller konnte von den Protokollführern nicht identifiziert werden), von welcher Universität die Ehrendoktorwürde verliehen worden sei, antwortet Wolfgang Grimm „Yale“.

Gerhard Pflugfelder befragt die Kandidaten inwieweit sie in der Lage seien, für die Partei beruflich „zurückzustecken“.

Jens Beckmann möchte wissen, wer von den Kandidaten für den Bundestag kandidieren möchte.

Die Fragen werden von allen Kandidaten beantwortet.

Da es keine weiteren Fragen gibt, eröffnet die VL die Wahl.

Die VL erläutert, dass ein gültiger Stimmzettel ganz sein muss und nur die nicht abgekürzten Namen der Kandidaten enthalten darf. Jegliches andere Wort oder auch Unleserlichkeit macht einen

Stimmzettel ungültig. Leere Stimmzettel sind ungültig. Dies gilt für alle folgenden Wahlen. Bei dieser Wahl hat jedes stimmberechtigte Mitglied drei Stimmen.

Die Stimmzettel werden von der Wahlkommission in Behältern eingesammelt. Nachdem es auf die Frage von Herrn Dr. Riegger, ob alle Stimmen abgegeben seien, keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl geschlossen.

Da bis zur Auszählung der Stimmen etwas Zeit vergehen wird, schlägt die VL vor, mit der Vorstellung der Kandidaten für das Amt des stellvertretenden Sprechers fortzufahren. Die Zustimmung durch die Versammlung erfolgt per Akklamation.

Das Ergebnis der Abstimmung lautet:

Abgegebene Stimmzettel: 155

Davon ungültig: 1

Gültige Stimmzettel: 154

- | | |
|-------------------------|----|
| 1. Dr. Hansjörg Scheel: | 97 |
| 2. Bernd Kölmel: | 93 |
| 3. Dr. Elke Fein: | 79 |
| 4. Helmut Schneider: | 78 |
| 5. Dr. Jürgen Hofmann: | 29 |
| 6. Thomas Roller: | 24 |
| 7. Dr. Bernhard Seitz: | 21 |
| 8. Wolfgang Grimm: | 9 |
| 9. Heinz Sterz: | 7 |
| 10. Ronald Rabe: | 2 |

Joachim Kuhs liest die Namen der gewählten Sprecher mit ihrem Stimmergebnis vor. Seine Frage nach Einwänden gegen die Wahl führt zu keinem Widerspruch.

Hierauf beantragt Stefan Räßle die Verlesung des nächsten Kandidaten mit seinem Ergebnis. Es ergibt sich eine Diskussion, in der mehrheitlich gefordert wird die gesamten Ergebnisse vorzulesen.

Prof. Dr. W. Jens Zeller stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Kandidaten zunächst zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen. Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Dr. Hansjörg Scheel, Bernd Kölmel und Dr. Elke Fein nehmen die Wahl an und bedanken sich bei der Versammlung für das Vertrauen.

Der Antrag alle Ergebnisse vorzulesen wird bei 34 Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen.

Das Ergebnis aller Kandidaten wird daraufhin von Joachim Kuhs verlesen.

TOP 10A: Wahl der stellvertretenden Sprecher

Die VL eröffnet die Kandidatenliste. Kandidaten, die sich bereits bei der Wahl der Sprecher vorgestellt hatten, erhalten eine verkürzte Redezeit (wenige Sätze). Alle anderen erhalten zwei Min. Redezeit.

Es kandidieren als stellvertretende Sprecher:

- Eberhard Brett
- Jan W. Czada
- Dr. Günther Etzrodt
- Ronald Geiger
- Ulrich Hördt
- Dr. Jürgen Hofmann
- Dr. Marc Jongen
- Thomas Kauer
- Volker Kempf
- Hans-Erich Kraft
- Martin Lauber
- Gerd Pritschow
- Bernd J. Pühringer
- Stefan Räpple
- Thomas Roller
- Helmut Schneider
- Hansjörg Schrade
- Dr. Bernhard Seitz
- Bernd Winkler
- Prof. Dr. W. Jens Zeller

Die VL schließt die Kandidatenliste und eröffnet, nachdem sich alle Kandidaten wie oben erläutert vorgestellt haben, die Fragerunde.

Bei der anschließenden Fragerunde haben Gerhard Simon und Bernd Winkler die Frage, inwieweit Jan Czada in einem Blog zur Zusammenarbeit mit den Republikanern aufgerufen habe. Jan Czada verneint die Frage nach einem Aufruf zur Zusammenarbeit. Er habe nur verschiedene politische Parteien (darunter auch die Republikaner) in einem privaten Blog zum Wahlverzicht aufgerufen.

Da es keine weiteren Fragen gibt, schließt die VL die Fragerunde und eröffnet die Wahl. Bei dieser Wahl hat jedes stimmberechtigte Mitglied drei Stimmen. Nachdem die Stimmzettel durch die Wahlkommission eingesammelt worden sind und es auf die Frage von Herrn Dr. Riegger, ob alle Stimmen abgegeben seien, keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl geschlossen.

Das Ergebnis der Abstimmung lautet:

Abgegebene Stimmzettel: 140

Davon ungültig: 1

1. Helmut Schneider:	65
2. Ronald Geiger:	52
3. Eberhard Brett:	32
4. Dr. Marc Jongen:	26
5. Stefan Räßle:	24
5. Bernd Winkler:	24
7. Thomas Kauer:	22
7. Hansjörg Schrade:	22
9. Jan W. Czada:	21
10. Martin Lauber:	20
11. Thomas Roller:	16
12. Prof. Dr. W. Jens Zeller:	13
13. Dr. Jürgen Hofmann:	10
14. Bernd J. Pühringer:	9
15. Hans-Erich Kraft:	7
15. Gerd Pritschow:	7
15. Ulrich Hördt:	7
18. Volker Kempf:	6
19. Dr. Bernhard Seitz:	5
20. Dr. Günther Etzrodt:	3

Helmut Schneider, Ronald Geiger und Eberhard Brett nehmen die Wahl an.

TOP 11: Wahl des Schatzmeisters

Die VL eröffnet die Kandidatenliste. Volker Kempf ~~zieht seine Kandidatur zurück.~~

Es kandidieren:

- Dr. Jan Rittaler
- Stefan Schmitt
- Stephan Wessel

Sowohl Stefan Schmitt als auch Stephan Wessel sind nicht anwesend. Die VL schließt die Vorstellungsliste und eröffnet die Fragerunde.

Herr Pritschow fragt Herrn Dr. Rittaler, inwieweit er über beruflichen Qualifikationen für das Amt verfüge. Herr Dr. Rittaler antwortet, dass er studierter Ökonom und Volkswirtschaftler sei. Herr Lambert fragt, wie lange der Kandidat FDP Mitglied gewesen sei. Hierauf gibt Herr Dr. Rittaler die Antwort: „30 Jahre“.

Da es keine weiteren Fragen gibt, schließt die VL die Fragerunde und eröffnet die Wahl. Bei dieser Wahl hat jedes stimmberechtigte Mitglied eine Stimme. Nachdem die Stimmzettel durch die Wahlkommission eingesammelt worden sind und es auf die Frage von Herrn Dr. Riegger, ob alle Stimmen abgegeben seien, keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl geschlossen.

Das Ergebnis der Abstimmung lautet:

abgegeben Stimmzettel: 120

davon ungültig: 0

Gültige Stimmzettel: 120

1. Dr. Jan Rittaler: 105
2. Stephan Wessel: 13
3. Stefan Schmitt: 2

Dr. Jan Rittaler nimmt die Wahl zum Schatzmeister an.

TOP 12: Festlegung der Anzahl der Beisitzer

TOP 12 wurde aufgrund der geänderten Tagesordnung als TOP 8B behandelt.

TOP 13: Wahl der Beisitzer

Die VL eröffnet die Kandidatenliste. Kandidaten, die sich bereits bei der Wahl der Sprecher bzw. Wahl des stellvertretenden Sprechers vorgestellt hatten, erhalten eine verkürzte Redezeit (wenige Sätze). Alle anderen erhalten zwei Min. Redezeit. Es kandidieren:

- Lars Patrick Berg
- Jan W. Czada
- Steffen Gebauer
- Gero Greb
- Klaus Hardung
- Jaqueline Anne Henley
- Kai Hoeijemans
- Dr. Jürgen Hofmann
- Dr. Marc Jongen
- Thomas Kauer
- Werner Knörle
- Hans-Erich Kraft
- Martin Lauber
- Gerd Pritschow
- Bernd Pühringer
- Stefan Räßle
- Sergej Riemann
- Bernhard Russ
- Dirk Schmitz
- Bernd Winkler

- Prof. Dr. W. Jens Zeller

Da es keine Fragen gibt, schließt die VL die Fragerunde und eröffnet die Wahl. Bei dieser Wahl hat jedes stimmberechtigte Mitglied drei Stimmen. Nachdem die Stimmzettel durch die Wahlkommission eingesammelt worden sind und es auf die Frage von Herrn Dr. Riegger, ob alle Stimmen abgegeben seien, keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl geschlossen.

Das Ergebnis der Abstimmung lautet:

Abgegebene Zettel:	113
Davon ungültig:	0
Gültige Zettel:	113

1. Lars Patrick Berg:	61
2. Dr. Marc Jongen:	31
3. Bernd Winkler:	25
4. Thomas Kauer:	24
5. Dirk Schmitz:	22
6. Jan W. Czada:	19
7. Martin Lauber:	18
8. Stefan Räßle:	17
9. Kai Hoeijemans:	13
9. Dr. Jürgen Hofmann:	13
9. Prof. Dr. W. Jens Zeller:	13
12. Bernd Pühringer:	11
12. Sergej Riemann:	11
14. Gerd Pritschow:	9
15. Steffen Gebauer:	6
16. Gero Greb:	5
16. Bernhard Russ:	5
18. Jaqueline Anne Henley:	4
19. Werner Knörle:	3
20. Hans-Erich Kraft:	2
20. Klaus Hardung:	2

Lars Patrick Berg, Dr. Marc Jongen und Bernd Winkler nehmen die Wahl an.

TOP 14: Wahl der Rechnungsprüfer

Joachim Kuhs schlägt vor, zwei Rechnungsprüfer und einen Stellvertreter zu wählen, da die Parteisatzung immer im Plural von den Rechnungsprüfern spricht und deren Stellvertreter erwähnt. Joachim Kuhs beantragt daher, zwei Rechnungsprüfer zu wählen und denjenigen Kandidaten mit den wenigsten Stimmen bei dieser Wahl ohne weitere Wahl zum stellvertretenden Rechnungsprüfer zu wählen. Der Vorschlag wird per Akklamation einstimmig angenommen.

Es kandidieren:

- Manfred Josef Himmelsbach
- Helmut Lambert
- Stefan Schmitt

Stefan Schmitt ist nicht anwesend. Die anwesenden Kandidaten stellen sich der Versammlung vor. Da es keine Fragen gibt, eröffnet die VL die Wahl. Bei dieser Wahl hat jedes stimmberechtigte Mitglied zwei Stimmen.

Nachdem die Stimmzettel durch die Wahlkommission eingesammelt worden sind und es auf die Frage von Herrn Dr. Riegger, ob alle Stimmen abgegeben seien, keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl geschlossen.

Ergebnis:

Abgegebene Zettel:	89
Davon ungültig:	0
Gültige Zettel:	89

1. Helmut Lambert:	69
2. Manfred Josef Himmelsbach:	67
3. Stefan Schmitt:	32

Helmut Lambert und Manfred Josef Himmelsbach nehmen die Wahl zum Rechnungsprüfer an. Der nicht anwesende Herr Schmitt wird stellvertretender Rechnungsprüfer.

TOP 15: Wahl des Schiedsgerichts

Die VL eröffnet die Kandidatenliste. Joachim Kuhs verlässt das Podium und damit die VL. Es kandidieren:

- Alexander Becker

- Oliver Haungs
- Joachim Kuhs
- Dubravko Mandic

Alle Kandidaten erhalten die Möglichkeit, sich persönlich vorzustellen. Nach der persönlichen Vorstellung eröffnet die VL die Fragerunde. Frau Dr. Fein fragt Herrn Becker, mit welchem Abschluss er Rechtswissenschaft studiert habe. Der Gefragte antwortet, dass er Rechtswissenschaft auf Magister studiert habe. Herr Greb fragt, ob man Herrn Mandic wählen müsse, weil dieser der einzige Kandidat sei, der die Befähigung zum Richteramt habe. Herr Kuhs antwortet, dass dies laut Satzung zwar nur empfohlen sei, aber durchaus sinnvoll.

Da es keine Fragen gibt, eröffnet die VL die Wahl. Bei dieser Wahl hat jedes stimmberechtigte Mitglied drei Stimmen. Nachdem die Stimmzettel durch die Wahlkommission eingesammelt worden sind und es auf die Frage von Herrn Dr. Riegger, ob alle Stimmen abgegeben seien, keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl geschlossen.

Ergebnis:

Abgegebene Zettel: 70

Davon ungültig: 0

Gültige Zettel: 70

- | | |
|----------------------|----|
| 1. Dubravko Mandic: | 61 |
| 2. Joachim Kuhs: | 60 |
| 3. Alexander Becker: | 46 |
| 4. Oliver Haungs: | 24 |

Dubravko Mandic, Joachim Kuhs und Alexander Becker nehmen die Wahl zum Schiedsgericht an. Joachim Kuhs betritt das Podium wieder.

TOP 16: Verschiedenes

Der neu gewählte Vorstandsvorsitzende Dr. Hansjörg Scheel bedankte sich bei allen Helfern und Mitgliedern für den erfolgreichen Parteitag.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Es wurden 65 Euro für die Partei gespendet.

TOP 17: Schlusswort

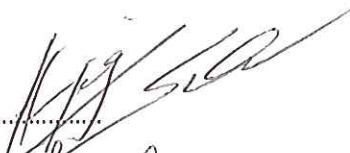
Mit einem Schlusswort durch Herrn Dr. Riegger endet der Gründungsparteitag um 23:11 Uhr.

Unterschriften

1. Zwei Vorstandsmitglieder



.....
Sprecher


Sprecher



Sprecher

2. Die Protokollführer



Julia Kuhs


Lukas Kuhs

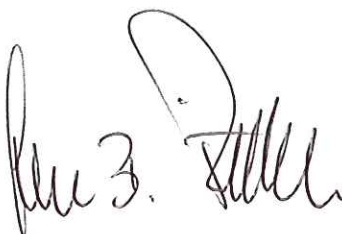

Damian Stibal


3. 1. v. Sprecher


Ronald


M. Z. Stibal

4. Schatzmeister


M. Z. Stibal


M. Z. Stibal

5. Beisitzer


M. Z. Stibal


M. Z. Stibal


M. Z. Stibal

Anhang 1:

Änderungsanträge Rechtsanwalt Dirk Schmitz M.A.:

Es wird beantragt, folgende Satzungsänderungen zu beschließen:

Alle Anträge zu den jeweiligen §§ sind als Einzelanträge gestellt, so dass über jeden Änderungsantrag einzeln abzustimmen ist.

Begründung erfolgt mündlich auf dem Parteitag.

§ 2 – Gliederung Absatz 1 (neu)

Der Landesverband hat durch Beschluss des Landesvorstands nachgeordnete Gebietsverbände zu gründen, wenn die hierfür notwendigen Voraussetzungen vorliegen.

§ 2 – Gliederung Absatz 3 ist ersatzlos zu streichen.

§ 3 – Mitgliedschaft Absatz 2 (neu)

Die Mitglieder des Landesverbandes werden vom Landesverband verwaltet. Diese Aufgabe ist an nachgeordnete Gebietsverbände zu delegieren, wenn auf dieser Ebene ausreichende organisatorische Voraussetzungen hierzu vorliegen. In einem solchen Falle ist der Landesverband unverzüglich über personenbezogene Änderungen aller Art zu informieren.

§ 6 – Der Landesvorstand

wird wie folgt gefasst:

Absatz 1 (neu):

Der Landesvorstand besteht aus mindestens drei Sprechern, drei Stellvertretern, dem Schatzmeister, dem Schriftführer sowie mindestens 24 Beisitzern. Über die Anzahl der Sprecher, Stellvertreter und Beisitzer entscheidet der Landesparteitag mit einfacher Mehrheit unmittelbar vor der Wahl des Landesvorstands.

Absatz 2 (eingefügt – bislang nicht besetzt)

Der Landesvorstand gibt sich eine zu veröffentlichende Geschäftsordnung, in der wesentliche organisatorische, politische und sonstige Aufgaben auf die Landesvorstandsmitglieder verteilt werden.

Absatz 3 wird wie folgt ergänzt:

Die Einladung kann mit dem Zusatz ausgesprochen werden, dass unabhängig von der Mindestteilnehmerzahl des Absatzes 4 noch am gleichen Tage nach Feststellung der Beschlussunfähigkeit noch am gleichen Tage eine Landesvorstandssitzung mit gleicher Tagesordnung stattfindet, die auf jeden Fall beschlussfähig ist.

Absatz 4 (neu):

Der Landesvorstand beschließt über alle organisatorischen und politischen Fragen, die das gesamte Bundesland betreffen, im Sinne der Beschlüsse des Landesparteitages. Beschlüsse gelten, soweit nicht anders geregelt, mit einfacher Mehrheit, und wenn mindestens 50 Prozent der Mitglieder des Landesvorstandes anwesend sind bzw. fernmündlich teilnehmen. Sitzungen können sowohl unter Anwesenden oder per Telefon-, Internet- oder Videokonferenz stattfinden als auch in kombinierter Form (Anwesende und Zuschaltung nicht anwesender Landesvorstandsmitglieder). Bei Stimmengleichheit gelten die Beschlüsse als abgelehnt.

Absatz 7 wird um folgenden Zusatz erweitert:

Der Landesvorstand beschließt über die Gründung von neuen Gebietsverbänden auf Kreis- oder Bezirksebene.

Die Gründung hat zu erfolgen, wenn auf einer Mitgliederversammlung auf Ebene der jeweiligen Gebietskörperschaft mehr als die Hälfte der Anwesenden die Gründung eines Kreis- oder Bezirksverbandes beschließen. Sofern es um die Gründung eines Bezirksverbandes geht, ist die Zustimmung von dreiviertel der dazugehörigen Kreisverbände notwendig oder ein Beschluss des Landesvorstandes. Ein Beauftragter des Landesvorstandes hat zu einer Mitgliederversammlung auf Kreisebene zeitnah und obligat einzuladen, wenn dies mehr als 20 Mitglieder oder 10 Prozent der Mitglieder auf der zu gründenden Kreisebene fordern.

Die Gründung von Stadt- oder Gemeindeverbänden hat zu erfolgen, wenn auf einer Mitgliederversammlung auf Ebene der jeweiligen Gebietskörperschaft mehr als die Hälfte der Anwesenden die Gründung eines Stadt- oder Gemeindeverbandes beschließen. Ein Beauftragter des Kreisvorstandes hat zu einer Mitgliederversammlung auf Stadt- oder Gemeindeebene auf jeden Fall zeitnah und obligat einzuladen, wenn dies mehr als 10 Mitglieder oder 10 Prozent der Mitglieder auf der zu gründenden Stadt- oder Gemeindeebene fordern.

§ 7 Mitgliederbefragungen (neu)

Mitgliederbefragungen sind auf der Ebene des Landesverbandes oder der Kreisverbände in Sach- und Personalfragen zulässig. Sie sind durchzuführen, wenn sie von einem Drittel der jeweils nachgeordneten Gebietsverbände beantragt wird und der diesen Gebietsverbänden übergeordnete Vorstand die Durchführung mit der absoluten Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder beschließt. Mitgliederbefragungen sind durchzuführen, wenn 10 Prozent der Mitglieder auf der Ebene der jeweiligen Gebietskörperschaft dies fordert oder eine Mitgliederversammlung auf Ebene der jeweiligen Gebietskörperschaft dies fordert. Das

nähere regelt eine hierzu zu erlassende Befragungs-Geschäftsordnung durch den Landesvorstand, die durch den Landesparteitag zu genehmigen ist.

§ 8 Vereinigungen (neu)

In der AfD können auf Landes-, Bezirks-, Kreis, Stadt- und Gemeindeebene Vereinigungen gegründet werden. Vereinigungen sind organisatorische Zusammenschlüsse mit dem Ziel, das Gedankengut der AfD in ihren Wirkungskreisen zu vertreten und zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der AfD zu wahren. Hierzu gehören insbesondere Jugend- oder Hochschulgruppen sowie Vereinigungen auf Ebene der Wirtschaft oder besonderer sozialer Gruppen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben können die Vereinigungen an die Vorstände der jeweils zuständigen Gebietsverbände Anträge stellen. Sie sollen zu den Vorstandssitzungen der jeweiligen Ebene eingeladen werden, um den Informations- und Kommunikationsprozess und die politische Willensbildung sicherzustellen.

Die Gliederung der Vereinigungen soll denen der Partei entsprechen. Sie geben sich eine eigene Satzung, die der Genehmigung durch den Landesvorstand bedarf. Sind Funktionsträger der Vereinigungen in Gremien der CDU Mitglied kraft Amtes, so bedarf es zur Wahrnehmung dieser Gremienzugehörigkeit einer Mitgliedschaft in der AfD.

§ 9 Fachausschüsse und Arbeitskreise (neu)

Die jeweils zuständigen Vorstandsgremien können zu ihrer fachlichen Beratung und Unterstützung Fachausschüsse einsetzen. Die Amtszeit der Fachausschüsse wird von dem zuständigen Vorstandsgremium festgesetzt. Das Nähere, insbesondere Zusammensetzung und Arbeitsweise der Fachausschüsse, regelt eine Geschäftsordnung für die Fachausschüsse die vom jeweils zuständigen Vorstandsgremium beschlossen wird und zur Genehmigung der jeweiligen Mitgliederversammlung bzw. dem Landesparteitag zur Genehmigung vorgelegt wird.

Dirk Schmitz M.A.

21.4.13